

## Die Bedeutung der sowjetischen Vorschläge an die UN für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage

Am 11. Mai 1955, einen Tag vor der Eröffnung der historischen Konferenz in Warschau, wurde ein bedeutsames Memorandum der Sowjetregierung veröffentlicht. In diesem Dokument, das dem in London tagenden Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission übermittelt wurde, sind neue Vorschläge über die Minderung der Spannungen in der Welt, vor allem über eine allgemeine Abrüstung und das Verbot der Atom- und der anderen Massenvernichtungswaffen enthalten. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, erklärte auf der Warschauer Konferenz:

„Die neuen Vorschläge der Sowjetunion, die der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Erörterung unterbreitet werden, haben große Bedeutung und sind ein gewaltiger Beitrag für die Sache des Friedens. Sie führen zur Minderung der internationalen Spannung und schaffen die Voraussetzungen für die Herstellung des notwendigen Vertrauens und Verständnisses zwischen den Staaten.“

Die neuen sowjetischen Vorschläge werden von den friedliebenden Völkern mit Freude und Genugtuung aufgenommen. Sie sind für unser Volk besonders bedeutungsvoll, da bekanntlich im Westen Deutschlands mit aktiver Unterstützung der kriegslüsternden amerikanischen Monopole die Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus in größter Eile betrieben, das Territorium Westdeutschlands in ein militärisches Aufmarschgelände der amerikanischen und westdeutschen Soldateska verwandelt und eine intensive Kriegs- und Militärpropaganda sowie Völker- und Revanchehetze durchgeführt wird.

Die Annahme und rasche Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge würde unser Volk und auch die Nachbarvölker Deutschlands von der Gefahr des Krieges befreien und in Westdeutschland normale friedliche Verhältnisse herstellen, wodurch günstige Voraussetzungen zur friedlichen Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands in einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen deutschen Staat geschaffen würden.

Unter den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Maßnahmen zur Minderung der Gefahr eines neuen Krieges befindet sich die Forderung auf Einhaltung des Beschlusses der UN-Vollversammlung über das Verbot der Kriegspropaganda. Das ist besonders für Westdeutschland von großer Dringlichkeit, denn die deutschen Militaristen und Revanchepolitiker betreiben seit Jahren eine umfassende Kampagne zur ideologischen Vorbereitung der Bevölkerung Westdeutschlands auf neue Kriegsabenteuer des deutschen Militarismus. Von der Forderung auf die Wiederherstellung des militaristischen Preußens über die Rehabilitierung und Glorifizierung der Hitlerwehrmacht und ihrer Kriegsverbrechergenerale bis zur offenen Verkündung der neuen Kriegsziele der wiedererstehenden Naziwehrmacht in Westdeutschland reicht die Skala der Kriegspropaganda der aggressiven Kreise des Bonner Staates.

Der „Rheinische Merkur“, das Sprachrohr des westdeutschen Finanzkapitals, forderte wiederholt die gewaltsame Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik und ihren „Anschluß“ an die westdeutsche Bundesrepublik. Erst am 8. April dieses Jahres ließ sich diese Zeitung wiederum wie folgt vernehmen: „Die Bundesrepublik ist also durchaus kein Provisorium. Sie ist lediglich noch